

Frauen wagen Frieden – Projektgruppe der Ev. Frauenarbeit der Pfalz

Erika Christmann
St. Quentin-Ring 48
67663 Kaiserslautern
erikaundnorbert@t-online.de Tel. + Fax: 0631/23330

Kaiserslautern, im Februar 2009

Frau
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im Auftrag der Gruppe „*Frauen wagen Frieden*“ schreibe ich Ihnen diesen Brief. Seit über 20 Jahren verfolgen wir mit großer Sorge die Situation der Menschen in Israel, in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen. Immer wieder haben wir uns aufgrund persönlicher Erfahrungen und nach Begegnungen vor Ort an die Bundesregierung mit der Bitte gewandt, die Kräfte zu unterstützen, die sich für einen gerechten Frieden und für ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung einsetzen.

Seit etwa zwei Jahren fordern wir dazu auf, den Dialog mit der demokratisch gewählten Hamas zu führen. Durch die bisherigen Ausgrenzungs- und Boykottmaßnahmen wurden Chancen auf eine friedliche Lösung vertan, Gewaltbereitschaft und Zunahme der Akzeptanz von Gewalt wurden erhöht, radikale Islamisten erhalten immer mehr Zulauf. So ist es nicht verwunderlich, dass – wie im deutschen Fernsehen vor einigen Tagen gemeldet – Umfragen bei Bürgern im Westjordanland eine erschreckende Bereitschaft ergaben, Selbsttötungsattentate zu akzeptieren. Als Begründung wurde angeführt, dass es ja keine Fortschritte bei politischen Lösungen gäbe und die katastrophalen Lebensumstände sich nicht verbesserten, ja insbesondere im Gazastreifen nur dramatisch verschlimmert.

Wie kann man erwarten, dass Kompromisse bei Friedensverhandlungen von der Bevölkerung und der Hamas akzeptiert werden, wenn ein großer Teil der gewählten Vertreter von deren Gestaltung ausgeschlossen ist?

Auch in Israel meldeten in den letzten Monaten einflussreiche Menschen Zweifel an der bisherigen Strategie der offiziellen Ablehnung von Gesprächen mit Hamas an. So fordert Slomo Brom (Jaffee-Institut für Strategische Studien der Universität Tel Aviv) in „Die ZEIT“ vom 21. Februar: „Was wäre besser, eine Adresse, die einem nicht unbedingt gefällt oder gar kein Ansprechpartner.“ S. Brom beschreibt die Hamas als eine „komplexe Bewegung mit unterschiedlichen Interessen, von denen manche in Widerspruch zueinander stehen..... Ausgangspunkt sei aber doch, dass sie Wahlen gewonnen habe und eine Chance bekommen wolle, um zeigen zu können, dass sie besser als Fatah sei.“

Ephraim Halevi (ehemaliger Geheimdienstchef): Israel sollte mit Hamas über eine langfristige Waffenruhe verhandeln, denn die Islamisten würden von den Palistinentern wenigstens respektiert und hielten sich im Allgemeinen an ihre Versprechen. „Sie sind keine sehr angenehmen Leute, aber sie sind sehr sehr glaubwürdig“.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, wir Deutschen haben mit Willi Brandts Politik „Wandel durch Annäherung“ erlebt, was möglich ist (dabei waren die Gesprächspartner wohl auch nicht immer „angenehm“). Deshalb sollten wir unbedingt als Fürsprecher einer solchen Politik auftreten.

Eine öffentlichwirksame Chance für eine solche Einflussnahme wurde nach Meinung vieler Menschen in Israel und auch in Deutschland bei Ihrem Besuch in der Osterwoche in Israel leider vertan.

Wir schließen uns auch den Aussagen des ehemaligen Jerusalemer Stadtratsmitglieds und Historikers Meir Margalit an. In einem offenen Brief an Sie schrieb er u.a.: „Wir brauchen keine pro - zionistischen Reden, sondern internationalen Druck, um die Besatzung zu beenden.“ Frau Merkel möge „eine der wichtigsten moralischen Lektionen des Zweiten Weltkrieges nicht vergessen: Dass man bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen darf.“

Auch Gideon Levy, ein Journalist aus der israelischen Friedensbewegung, schrieb enttäuscht in der Haaretz, dass Ihre Rede jedes kontroverse Thema vermieden habe. Die europäischen Führer verfehlten ihre politische und moralische Pflicht, wenn sie nicht über die Belagerung Gazas, die verhängte Hungerblockade und den Tod von Hunderten von Bewohnern sprechen. „Genau der Kontinent, der zu Recht Schuldgefühle wegen des Holocaust an den Juden mit sich trägt“, sollte Israel auf andere Weise helfen als mit „zuckersüßen Besuchen und Reden.“ Die zeigten nur mangelnden Respekt – gegenüber Israel aber auch der Meinung in Europa. Wir sehen vor allem darin auch mangelnden Respekt vor dem Leben und der Würde des palästinensischen Volkes.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, wir sind sehr beunruhigt, dass die deutsche Regierung die Verbrechen an dem palästinensischen Volk kennt, aber nichts Erkennbares dagegen unternimmt. Wir fordern deshalb die Regierung auf, endlich die israelischen Unterdrückungsmaßnahmen und Völkerrechtsverstöße auch als solche zu benennen und deren Ende einzufordern. Wie würden Reaktionen in der Welt aussehen, wenn die Rollen der Israelis und Palästinenser vertauscht wären?

Der Leitspruch unserer Gruppe geht auf das Bonhoeffer-Wort zurück: „Es gibt keinen Frieden auf dem Weg der Sicherheit, denn Frieden muss gewagt werden.“ In diesem Sinne bitten wir Sie, sich für „Frieden wagen“ einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Christmann

Für die Gruppe Frauen wagen Frieden